

---

## Leistungsbeschreibung

### **Projekt:                                    Neue Beteiligung und alte Ungleichheit? Politische Partizipation marginalisierter Menschen**

vhw-Forschungsfelder:	Partizipative kommunale Praxis (LD2)
vhw-Projektleitung:	Steffen Jähn
Ausschreibungsdatum:	14.01.2019
Einreichungsfrist:	15.02.2019

#### **1. Kontext**

##### *1.1 Wandel des politischen Engagements und der Sozialstruktur*

Die Kultur politischer Beteiligung in der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Im Verhältnis zu früheren Jahrzehnten beteiligen sich heute weniger Menschen an formalen bzw. repräsentativen Formen der politischen Partizipation. Das zeigt sich u.a. in einer sinkenden Wahlbeteiligung sowie dem Mitgliederverlust einstiger Volksparteien und Gewerkschaften. Gleichzeitig haben sich durch Proteste alternativer Bewegungsmilieus und im Zuge der „Partizipativen Revolution“ Formen der Beteiligung etabliert, die häufig netzwerkförmig, rund um themenbezogene Initiativen und Foren organisiert sind (Beck et.al. 2017; Brandt 2010). Nicht-formale Arten demokratischer Beteiligung und Mitwirkung gewinnen zahlenmäßig an Bedeutung. Immer mehr Menschen engagieren sich in diesen deliberativen, partizipativen und auch demonstrierenden Partizipationsformen (Kersting 2013). Angesichts sinkender Teilnahme an repräsentativen Formen der Beteiligung gibt es staatliche Bemühungen, nicht-formale Beteiligungsarten stärker zu fördern und die dort formulierten Forderungen stärker in staatliches Handeln zu überführen (Holtkamp / Bogumil 2007). Dieser partizipative Wandel kommt aber nicht bei allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen an. Insbesondere ist es die Gruppe der sozial Benachteiligten und Marginalisierten<sup>1</sup>, die in

---

<sup>1</sup> Beide Begriffe werden im Folgenden in Anknüpfung an Lebenslagenkonzepte oder Ressourcenansätze (vgl. Engels 2006) in der Armutsforschung verwandt. Armut wird in dort als strukturelle, soziale Benachteiligung verstanden, aufgrund der sich Menschen in einer marginalisierten (an den Rand gedrängten) gesellschaftlichen Position befinden.

diesen pro-aktiven Beteiligungsformen weder zahlenmäßig inkludiert ist, noch darin ein Mittel des politischen Ausdrucks findet.

Gerade nicht-formale Beteiligungsarten haben höhere, schichtgebundene Zugangsschwellen als etwa die Teilnahme an Wahlen, weil sie persönliche, inhaltliche und organisatorische Voraussetzungen an Wissen, Selbstbewusstsein, Sozialvermögen und Habitus der Teilnehmenden stellen. Deshalb ziehen sie eher Mittelschichtsangehörige an und schließen tendenziell Menschen mit niedrigerem sozialem Status vom politischen Engagement aus (Lenhart 2010). Diverse Erhebungen verweisen auf den starken Zusammenhang zwischen sozialer Lage und politischer Beteiligung. Gerade beim Vergleich von eher passiven mit aktiven Formen der Beteiligung wird der Unterschied deutlich. Ist etwa die Wahlbeteiligung bei denjenigen, die über ein geringes Einkommen verfügen, um 13 Prozentpunkte niedriger als bei Menschen mit einem hohen Einkommen, ist dieser Unterschied bei nicht-formalen Beteiligungsvarianten wesentlich größer.<sup>2</sup> An Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und partizipativen Foren beteiligen sich Menschen mit hohem Einkommen und Bildungsabschluss oft doppelt so häufig als Menschen mit einem niedrigen sozialen Status (Simonson / Vogel 2017: 56ff; BMAS 2017: 548; Freiwilligen Survey 2017: 203ff; Bödeker 2012). Erhoffte Aktivierungs- und Mobilisierungseffekte nicht-formaler Beteiligungsarten gehen somit an Marginalisierten vorbei. Daher verstärkt die Zunahme dieser Partizipationsformen noch zusätzlich das Problem des demokratischen Ausschlusses.

Des Weiteren sind sozial Benachteiligte nicht nur rein zahlenmäßig in politischen Beteiligungsformen unterrepräsentiert; ihren Forderungen fehlt auch meist die inhaltliche Repräsentation in den Arenen der Aushandlung (Schäfer 2013; Beck 2011a). Lange vertreten, begünstigt durch das Subsidiaritätsprinzip, Wohlfahrtsorganisationen die Interessen sozial benachteiligter Menschen gegenüber staatlichen Instanzen. Zudem sorgte über Dekaden hinweg das Wirken von Sozialdemokratie und Gewerkschaften dafür, dass auch untere Einkommensgruppen aktiv in politische Partizipationsprozesse eingebunden wurden und deren materielle Interessen in den Politikprozess einfließen (Voigtländer 2015: 51). Dies ist in jüngerer Zeit in nicht-formalen Beteiligungsarten oft anders. Zivilgesellschaftliche Initiativen oder bürgerschaftliche Foren befassen sich häufig mit Fragestellungen, die den Interessen ihrer postmateriell eingestellten Aktiven entsprechen (wie Frieden, Umwelt, Menschenrechte, etc.). Themen, die auf eine stärkere politische und materielle Teilhabe zielen, werden hingegen von zivilgesellschaftlichen Initiativen seltener bearbeitet (Brandt 2010).

Auch reine Eigen- und Selbstorganisationen von Marginalisierten sind eher selten. Einige wenige Ausnahmen bilden etwa Erwerbslosengruppen, die in den letzten anderthalb Jahrzehnten häufig gegen die Hartz IV-Reformen und die damit einhergehenden Einschränkungen sozialer Rechte protestiert haben (Rein 2012; Alex 2012). Sie sind häufig im lokalen Rahmen aktiv. Viele scheitern allerdings schon früh an den fehlenden Ressourcen ihrer Mitglieder. Durch das Fehlen von Finanzierungsmitteln, Netzwerken oder Wissen, können sie kaum politische Opportunitätsfenster nutzen und aufgrund des gesellschaftlich stigmatisierten Bildes von Erwerbslosen nur schwerlich die Unterstützung der Öffentlichkeit auf sich ziehen (Voigtländer 2015; Lenhart 2010: 23; Lahusen / Baumgartner 2006). Marginalisierte engagieren sich daher politisch meist in Organisationszusammenhängen, deren Aktive verschiedene soziale Hintergründe haben. Dort sind Marginalisierte allerdings oft kaum sichtbar.

Schließlich wird durch die zahlenmäßige Betrachtung zentraler Indikatoren für gesellschaftliche Marginalisierung – Einkommen und Bildung – die Tragweite des Problems für demokratische Beteiligung deutlich. Die Armutsgefährdungsquote liegt in der Bundesrepublik bei etwa 16% – es sind also fast 12 Millionen Menschen davon betroffen (BMAS 2017: 552). Der Anteil der Langzeiterwerbslosen beträgt schon seit Jahren konstant ein Drittel der Gesamterwerbslosenzahl. Hierbei spielt auch der Bildungsabschluss eine zentrale Rolle, denn er hat starken Einfluss auf die Höhe des späteren Einkommens. Ein niedriger Grad an formeller Bildung wirkt sich negativ auf die Höhe des

---

<sup>2</sup> 84 % bei einem hohen Einkommen und 71% bei einem niedrigen Einkommen. Vgl. Armuts- und Reichtumsbericht (o.J.), abrufbar unter: <http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Indikatoren/Gesellschaft/Wahlbeteiligung/wahlbeteiligung.html;jsessionid=A67B7EEAA06E3801C20803A520F4D43>, 15.8.2018

späteren Einkommens aus und verhindert meist soziale Mobilität (OECD 2016: 142).<sup>3</sup> Aktuell verfügt in der Bundesrepublik ein Drittel der Bevölkerung über keinen oder einen niedrigen Bildungsabschluss.<sup>4</sup> Armut ist für Teile der Bevölkerung in Deutschland oftmals manifest, meist über Jahre hinweg Lebenslagen bestimmend und wird mitunter auch intergenerational weitergegeben. Gleichzeitig verschwimmt die Grenze zwischen „den Abgehängten“ und der „gesellschaftlichen Mitte“ zunehmend. Durch befristete Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, einen stetig größer werdenden Niedriglohnsektor sowie gestiegenen Lebenshaltungskosten hat sich eine „Zone der Unsicherheit“ etabliert, in der Menschen mit der ständigen Möglichkeit des sozialen Abstiegs konfrontiert sind.

### *1.2 Spezifische Motivlagen Marginalisierter für politisches Engagement*

In der Engagementforschung gelten neben persönlicher Betroffenheit und subjektivem Nutzen auch altruistische und gemeinwohlorientierte Motive als ausschlaggebend, damit Menschen sich engagieren (vgl. Lüdemann 2001). Eine Reihe qualitativer Studien zeigt, dass diese Motivationsstrukturen – allerdings in geringem Maße – je nach sozialem Status variieren (Freiwilligensurvey 2017; BMAS 2017). Zudem zeigen auch qualitative Untersuchungen, welche spezifischen Anreize das Engagement sozial Benachteiligter fördern (Klatt / Walter 2011; Voigtländer 2015). In der politischen Sozialisationsforschung gelten selbstwahrgenommene politische Kompetenz und Wirkmächtigkeit als entscheidend dafür, ob eine Person politisches Engagement aufnimmt (Böhnke 2009; Bödecker 2012). Beide sind bei sozial benachteiligten Menschen meist gering ausgeprägt. Bekannt ist auch, dass durch Engagement soziale Kontakte gewonnen werden, die wiederum unmittelbare materielle und psychologische Hilfen darstellen können (Voigtländer 2015; Marquardsen 2012). Zudem möchten Menschen durch Engagement einer sinnstiftenden Tätigkeit nachgehen. Sie wollen sich als gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft und als ernstzunehmende politische Subjekte begreifen können, die im Stande sind ihre Interessen gegenüber der Öffentlichkeit zu artikulieren (Voigtländer 2015). Sozial Benachteiligte lassen sich eher dann zu Engagement motivieren, wenn sie konkrete Hilfe leisten können, wenn sie persönlich angesprochen werden und wenn die Beteiligungsformen weniger formalisierten Abläufen folgen (Klatt / Walter 2011). Als abträglicher Faktor gilt die psychisch belastende Lebenssituation. Oft wirken sich hier Rückschläge gravierender aus, als bei Aktiven aus der Mittelschicht. Auf materieller Ebene sind die mit dem Engagement verbundenen Kosten häufig ein Ausschlusskriterium. So kann teilweise schon der Preis eines Nahverkehrstickets darüber entscheiden, ob eine aktive Person an einer politischen Veranstaltung teilnimmt. In den Organisationszusammenhängen selbst können Dynamiken entstehen, die Ausschlüsse über informelle, von Mittelschichtsangehörigen gesetzte Verhaltens- und Sprachnormen erzeugen (Beck 2011b: 66; Munsch 2015: 44).

In der jüngeren Vergangenheit versuchten sowohl Soziale Bewegungsgruppen, als auch bürgerschaftliche Foren reflexiv mit diesen Ausschlussmechanismen umzugehen. Sie gehen gezielt auf marginalisierte Menschen zu, um sie für politische Beteiligung zu gewinnen. Soziale Bewegungen formierten sich in den letzten Jahren wieder stärker um soziale Themen und sprachen etwa im Rahmen von Mietenprotesten gezielt sozial benachteiligte Menschen an (Kotti & Co. 2016). Gleiches gilt für Community Organizing Plattformen, die in einem bestimmten Stadtteil beteiligungsferne Menschen ansprechen und gerade auf marginalisierte Bewohner\_innen zugehen (Maruschke 2014). Im partizipativen Bereich wurden im Kontext des Programms „Soziale Stadt“ Gremien geschaffen, die möglichst viele Gruppen in benachteiligten Quartieren zur politischen Beteiligung aktivieren sollen (Hansestadt Hamburg 2014; Spanier 2009).

In diversen Studien leistete auch der vhw wissenschaftliche Beiträge zu einem besseren Verständnis für schicht- bzw. milieuspezifische Hindernisse und Anreize politischer Partizipation (Ritzi / Schaal 2011; Gutknecht et.al 2013;

---

<sup>3</sup> Ein niedriger Bildungsabschluss zieht jedoch nicht notwendigerweise Marginalisierung nach sich. Jedoch verringern sich die Chancen auf kulturelle und materielle Teilhabe.

<sup>4</sup> vgl. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/Bildungsstand/Tabellen/Bildungsabschluss.html>, 27.8.2018

Kuder 2016). In Expertisen sowie Beratungsprojekten wurden die gewonnen Erkenntnisse praktisch umsetzbar aufbereitet und angewandt (Voth / Rohland 2017; Kuder 2018; Jähn et.al 2018). Der Grundsatz dieser sozial-inklusiven Beteiligung war, dass Beteiligung fair, auf Augenhöhe und mit Lebensweltbezug gestaltet sein soll, um nicht nur unterschiedlichen Menschen den Zugang zu politischer Partizipation in gleichem Maße zu ermöglichen, sondern auch den Einfluss sozial benachteiligter Gruppen auf die Ergebnisse dieser politischen Aushandlungsprozesse zu erhöhen.

Nicht abschließend geklärt ist jedoch partizipationsform- und ortsunabhängig, wer die Marginalisierten sind, die sich am Ende doch engagieren, was sich durch ihr Engagement auf individueller und auf kollektiver Ebene sowie im sozialräumlichen Umfeld verändert und welche politische Resonanz sie erzielen. Aus vergleichender Perspektive bleibt zu klären, was förderliche und abträgliche Faktoren für das Engagement Marginalisierter sind. Gerade vor dem Hintergrund einer nachlassenden Beteiligungsbereitschaft, sowie einer erstarkenden Zustimmung für rechts-populistische Strömungen innerhalb der Gruppe der sozial Benachteiligten erhalten diese Themen zusätzlich Relevanz (Grau / Heitmeyer 2011). Daher ist der vhw im Rahmen seiner Forschungs- und Beratungstätigkeit daran interessiert, einen fundierten wissenschaftlich-empirischen Beitrag zu diesem Themenkomplex zu gewinnen.

## 2. Aufgabendarstellung

### 2.1 *Anliegen und Rahmen*

Im skizzierten Themenbereich soll eine Vergleichsstudie erstellt werden, deren Ziel es ist, Rahmenbedingungen des politischen Engagements sozial benachteiligter Menschen<sup>5</sup> in verschiedenen nicht-formalen Varianten der Partizipation zu analysieren. Soziale Bewegungsgruppen, Community Organizing-Plattformen und Quartiersgremien können exemplarisch als Varianten der non-formalen, als komplementär zur repräsentativen Demokratie stehenden Beteiligung gesehen werden (vgl. 1.2). Sie bieten marginalisierten Menschen Möglichkeiten für eine aktive Teilhabe an politischen Willensbildungsprozessen. Die drei genannten Partizipationsvarianten wirken protestierend, verhandelnd und partizipierend an politischen Entscheidungsprozessen mit und tragen somit zu einer lebendigen Demokratie bei. Dabei stehen sie in einem unterschiedlichen Verhältnis zum Staat. Während Soziale Bewegungsgruppen „von unten“ konfrontativ-protestierend wirken, sucht Community Organizing eher danach, vermittelnd zum Partner zu werden. Quartiersgremien dagegen wirken – „von oben“ installiert –, indem sie sich kooperativ-deliberierend mit staatlichen Strukturen abstimmen. Die unterschiedlichen Beteiligungsformen ermöglichen es Menschen, Widerspruch zu artikulieren, auf Verbesserungsmöglichkeiten hinzuweisen oder an der konkreten Ausgestaltung

---

<sup>5</sup> Eine einheitliche Definition von sozialer Benachteiligung und Marginalisierung ist sowohl im gegenwärtigen wissenschaftlichen, als auch im gesellschaftlichen Diskurs Gegenstand von Kontroversen und Debatten; eine Abgrenzung und Benennung des Phänomens ist somit eine Frage des jeweiligen Standpunktes (Butterwegge 2017: 13ff). Eine mögliche Annäherung an die Gruppe der Marginalisierten kann es daher für die zu erstellende Studie sein, jene als materiell, sowie in verschiedenen weiteren Lebensbereichen, benachteiligte Personen zu begreifen, die insgesamt geringere Chancen haben, an gesellschaftlichen Ressourcen teilzuhaben. Soziale Benachteiligung ist ein relationaler Begriff, der das Verhältnis dieser Gruppe zur Rest-Gesellschaft ausdrückt. Marginalisierte sind dabei weder eine klar lebensweltlich-identifikatorisch abgrenzbare Gruppe, noch eine rein statistisch zuordenbare Anzahl von Individuen. Wir schlagen vor, das Spektrum von Marginalisierung wie folgt zu umreißen: Am unteren Ende erscheint Marginalisierung als manifeste Armut, die in Form von existenzbedrohenden Mangellagen auftritt, wie sie bei Wohnungslosen oder suchterkrankten Menschen anzutreffen sind. Am oberen Ende ist die näherungshafte Abgrenzung schwerer vorzunehmen. Zwar reichen Prekarität und Unsicherheit bis in die Mittelschicht hinein, doch soll auch hier eine Abgrenzung vorgenommen werden. Aus forschungspragmatischen Gründen können diejenigen Personen als sozial Benachteiligte betrachtet werden, die über ein Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze – also 60 Prozent des Medianeinkommens, sowie ein niedriges formales Bildungsniveau verfügen. Zudem kann als weitere Näherung danach gefragt werden, ob die Person von längeren Phasen sozialer Unsicherheit betroffen ist und nur geringe Aussichten auf sozialen Aufstieg hat. Solche Personen, bei denen ein niedriger Bildungsabschluss nicht zu einem niedrigen Einkommen und prekären Lebensverhältnissen geführt hat sowie Menschen, die über einen hohen Bildungsabschluss, aber temporär oder frei gewählt über ein niedriges Einkommen verfügen – wie etwa Studierende oder Akademiker\_innen in freiwilliger Teilzeit – sollen in der Studie nicht als Marginalisierte betrachtet werden.

von staatlichen Programmen teilzuhaben. Darüber hinaus bedienen sie sich einer Bandbreite von Mobilisierungstechniken. Die verschiedenen Partizipationsvarianten können somit aufgrund ihrer diversen Formen der Organisation, institutionellen Einbindung und Ansprache ganz unterschiedliche Personen zum Engagement bewegen. Sie sollen daher in der Studie exemplarisch für Varianten nicht-formaler Beteiligung stehen, die gerade für sozial benachteiligte Menschen einen niedrigschwelligen Zugang zu politischer Beteiligung anbieten und (potentiell) diejenigen Personen erreichen (können), die sich von repräsentativen Formen der Beteiligung nicht (mehr) angesprochen fühlen.

Bisherige Studien im Themenbereich betrachteten einzelne Partizipationsformen, Organisationszusammenhänge und bestimmte räumliche Kontexte isoliert, fokussierten sich auf Gründe des Nicht-Engagements oder verglichen nicht ausschließlich politische, sondern eine Vielfalt an Formen des Engagements miteinander. Der Beitrag der ausgeschriebenen Studie wird es daher sein, vergleichend und systematisierend diesen Themenkomplex von Marginalisierung und politischem Engagement aufzuschlüsseln, bestehendes Wissen zu erweitern und somit die wissenschaftliche und gesellschaftliche Debatte strukturierend zu begleiten. Dabei soll die Studie potenzialorientiert ausgerichtet sein: Es ist zwar wichtig zu wissen, warum sich sozial benachteiligte Personen *nicht* politisch engagieren, die Studie soll vor allem aber herausarbeiten, weshalb es manche von ihnen *trotzdem* tun.

## *2.2 Fallauswahl*

In der Studie sollen in einem Methodenmix von Desktoprecherche, Expert\_inneninterviews, sowie möglichen qualitativen Untersuchungen, ethnografischen Fallstudien, Ergebnisworkshops oder quantitativen Befragungen die Bedingungen untersucht werden, unter denen sich marginalisierte Menschen politisch beteiligen.

Zur Klärung des Untersuchungsgegenstandes sollen die drei o.g. Varianten nicht-formaler Partizipation untersucht werden: 1) Soziale Bewegungsgruppen, 2) Community Organizing Plattformen, 3) Quartiersgremien. Der Auftragnehmer kann auch eine ähnlich gelagerte Partizipationsform vorschlagen, wenn dies aus konzeptionellen oder empirischen Überlegungen heraus sinnvoll erscheint.

Da wir davon ausgehen, dass sich der Kontext auf die individuelle Ebene, auf die Gruppenebene und auf die politische Resonanz auswirkt, sollen mindestens zwei Städte und je Stadt die drei genannten Varianten der Beteiligung untersucht werden. Entsprechende Vorschläge für ein Fallstudiendesign sind vom Anbieter zu unterbreiten.

## *2.3 Mögliche Fragestellungen*

Ziel dieser Studie ist es, einen empirischen Beitrag zu der Frage zu leisten: **Wer sind die Marginalisierten, die sich politisch engagieren, warum tun sie das und was verändert sich durch das Engagement bei ihnen selbst, auf Gruppenebene, im sozialräumlichen Umfeld und welche politische Resonanz erzielen sie?** Bestehendes Wissen soll zunächst vom Auftragnehmer zusammengetragen und dann im Rahmen der zu erarbeitenden Fallstudie erweitert werden. Es sollen die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für das Engagement sozial benachteiligter Menschen in Partizipationsformen jenseits des Systems der repräsentativen Demokratie exploriert werden.

Die übergreifende Fragestellung kann in Anlehnung an den in 1.1 und 1.2 benannten Diskussionsstand in Unterfragen gegliedert werden. Einige davon sind im Folgenden aufgeführt und in verschiedene Untersuchungsebenen geteilt. Die Fragen sind als Anregung und mögliche Arbeitsgrundlage zu verstehen. Es sollen eigene Schwerpunkte gesetzt werden:

### *2.3.1 Individuelle Ebene von Engagement*

Ziel dieses Fragenblocks ist es, individuelle Voraussetzungen für das Engagement sozial Benachteiligter herauszuarbeiten. Er beschäftigt sich mit dem ersten Teil der übergeordneten Fragestellung: *Wer sind die Engagierten, warum engagieren sie sich und was verändert sich durch Engagement bei ihnen selbst?* Betrachtet werden sollen

sozial benachteiligte Engagierte hinsichtlich ihrer Voraussetzungen, Ressourcen, Erfahrungen, Einstellungen, Erwartungen und Hürden:

- Lassen sich bei den Engagierten Gemeinsamkeiten in Bezug auf Einstellungen, persönliche Ressourcen, biografische Hintergründe feststellen? Welche sind das?
- Welche Einstellungsmuster verbinden die politisch Engagierten? Wie haben sich Einstellungsmuster durch das Engagement verändert (Postmaterialismus, Ordnungsdenken, Gemeinwohl, Egoismus, Altruismus)?
- Können diese Personen einer bestimmten lebensweltlichen Orientierung oder einem bestimmten Milieu zugeordnet werden?
- Wie stellt sich soziale Marginalisierung für die Befragten dar? Wie wirkt sich Marginalisierung auf ihren Alltag und ihre Lebenswelt aus? In welchem Zusammenhang steht politisches Engagement mit ihren Marginalisierungserfahrungen?
- Welchen Bezug zu Politik hatten die Engagierten vor ihrem Engagement? Welche biografischen Faktoren sehen die Personen als entscheidend dafür an, heute politisch aktiv zu sein? Was waren wichtige Schlüsselerebnisse? Wie haben sie politische Bildung erfahren? Wie hat sich der Bezug zu Politik durch das Engagement verändert?
- Welche Erwartungen und Ziele verbinden sie mit ihrem aktuellen politischen Engagement? Was versprechen sie sich davon und was motiviert sie?
- Weshalb engagieren sich die Personen gerade in dieser Partizipationsform und weshalb in diesem bestimmten Organisationszusammenhang? Engagieren sich die Personen noch auf andere Weisen, etwa im sozialen, gewerkschaftlichen, sportlichen, kirchlichen Bereich?
- Über welche individuellen Ressourcen verfügen die Engagierten und welche haben sie durch ihr Engagement hinzugewonnen? Ressourcen können im Einzelnen sein:
  - Sozialkapital: Durch welche Netzwerke / Bekanntschaften / Freundschaften kam die Person zu ihrem aktuellen politischen Engagement? Wodurch zeichnen sich diese sozialen Kontakte aus? Welche sozialen Kontakte hat die Person durch ihr Engagement gewonnen? Welchen Beitrag leistet politisches Engagement aus ihrer Sicht bei der Konstituierung ihres sozialen Umfeldes? Welche Veränderungen in Bezug auf soziale Beziehungen haben sie festgestellt? Wodurch zeichnen sich diese sozialen Kontakte aus? Handelt es sich bei den sozialen Beziehungen eher um enge oder lose Verbindungen, strong oder weak ties?
  - Wissen: Welches praktische Wissen, Wissen über gesellschaftliche Strukturen, Wissen über (soziale) Hilfsangebote hat die Person durch ihr Engagement gewonnen?
  - Materielle Ressourcen: Hat das Engagement etwas an der sozialen und finanziellen Situation der Person geändert? Kann sie dadurch praktische Hilfen in Anspruch nehmen, die ihr vorher nicht zugänglich waren?
- Wie hat sich die selbst wahrgenommene politische Resonanz durch Engagement verändert? Wie nehmen die Marginalisierten ihren Einfluss auf die inhaltliche Ausrichtung der jeweiligen Organisation wahr?
- Welche Hürden erlebt die Person in ihrem politischen Engagement? Was sind oder waren materielle oder finanzielle Hürden, um sich (mehr) zu engagieren? Welches Wissen fehlt(e) der Person, um sich (mehr) zu engagieren? Welcher Zugang zu Bekanntschaften und Netzwerken fehlt(e) der Person, um sich (mehr) zu engagieren? Erlebt die Person bestimmte Strukturen oder Personen innerhalb ihrer Organisation als abträglich für ihr Engagement? Gab es Konflikte mit anderen Aktiven, die sich negativ auf ihr Engagement ausgewirkt haben?



### 2.3.2 Kollektive / gemeinschaftliche / gesellschaftliche Ebene von Engagement

Ziel dieses Fragenblocks ist es, Strukturen und Wirkungen des Engagements Marginalisierter, in den Sozialraum von Nachbarschaft, Quartier oder Stadt hinein zu untersuchen. Er zielt auf den zweiten Teil der übergeordneten Fragestellung ab: *Was verändert sich durch ihr Engagement auf Gruppenebene und im sozialräumlichen Umfeld?*

- Welche Rolle spielen Marginalisierte für die jeweils untersuchte Organisation? Sind Marginalisierte proaktiv oder eher passiv-unterstützend? Was charakterisiert diese unterschiedlichen Rollen?
- Wie sind die Organisationen insgesamt sozial zusammengesetzt? Welche sozialen Transformationen haben sie in dieser Hinsicht seit ihrer Entstehung durchlaufen?
- In welchem Verhältnis stehen die Gruppen zu ihrem sozialräumlichen Umfeld? Wie sind sie in ihrer Nachbarschaft, ihrem Quartier, ihrer Stadt verankert? Was lässt sich über die Art der sozialen Verankerung der Organisationen sagen? Was lässt sich daran anknüpfend zur Teilhabe von Marginalisierten sagen? Sind Netzwerke eher locker oder enger, sind sie zahlreich oder gibt es wenige Verbindungen? Überbrücken sie Unterschiede oder binden sie Gruppen fester aneinander?
- Ermöglichungsstrukturen, Mobilisierungsstrategien und Hürden des politischen Engagements:
  - Wie sprechen die jeweils unterschiedlichen Partizipationsformen neue Aktive an (direkte / indirekte Ansprache / öffentliche Aktionen)? Worauf wird dabei Wert gelegt? Welche Unterschiede lassen sich zwischen den unterschiedlichen Typen von Partizipationsformen herausarbeiten?
  - Was bewegt Aktive und Unterstützende sich längerfristig und kontinuierlich zu engagieren? Welche Anreize setzen dabei die jeweils unterschiedlichen Beteiligungsformen? Wie gehen Engagierte mit Ausgrenzung und Abwertung aufgrund von sozialem Status in den Organisationszusammenhängen, in denen sie sich engagieren um? Gibt es hierfür Selbstreflexionsstrukturen und wenn ja, welche sind das? Gab es in den untersuchten Partizipationsformen schon einmal Konflikte zwischen Personen mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen? Wie wurde damit umgegangen? Welche Strategien waren hierbei besonders wirkungsvoll?

### 2.3.3 Politische Resonanz von Engagement

Ziel dieses Fragenblocks ist es, die Resonanz des Engagements Marginalisierter zu untersuchen. Er zielt auf den letzten Teil der übergeordneten Fragestellung ab: *Welche politischen Resonanz erzielen Marginalisierte?*

- Wie findet Meinungsbildung in den untersuchten Varianten statt und welche Rolle spielen dabei Marginalisierte? Welchen Stellenwert haben die Perspektiven Marginalisierter für die politische Artikulation der Organisationen?
- Welche politischen Erfolge konnten die Aktiven in der Vergangenheit erzielen? Wurden bestimmte Forderungen umgesetzt? Wie nachhaltig sind diese Erfolge?
- Gibt es eine Vernetzung der untersuchten Partizipationsformen mit anderen politischen Akteuren? Welche organisatorischen/ inhaltlichen Überschneidungen gibt es mit Parteien, Verbänden, Gewerkschaften oder anderen nicht-formalen Partizipationsformen? Welchen Umfang und welche Reichweite haben diese Netzwerke?

## 2.4 Elemente der Untersuchung

Alle Arbeitsschritte der Studie sind in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber vorzunehmen. Anpassungen und Änderungsvorschläge durch die Anbietenden sind möglich und willkommen. Folgende Elemente bieten sich an, um sich strukturiert dem Forschungsanliegen und der Fragestellung zu nähern:

#### 2.4.1 Desktop-Analyse

In einer Desktop-Analyse soll mittels Literaturrecherche ein Überblick über die Rahmenbedingungen politischer Partizipation sozial benachteiligter Menschen in nicht-formalen Beteiligungsformen gewonnen, aufbereitet, zusammengefasst und im Rahmen der Fragestellung exemplifiziert werden.

Der Auftragnehmer soll im Rahmen der Desktop-Analyse:

- Einen Überblick über das einschlägige Wissen und aktuelle Debatten des Forschungsgegenstandes sortiert zusammenfassen und daraus Hypothesen für die weitere Forschung ableiten.
- Die Fragestellungen zuspitzen und konkretisieren.
- Vorschläge für die Auswahl der Fallstudien erarbeiten.

#### 2.4.2 Fallstudienauswahl

Auf der Basis der Desktop-Analyse sollen mindestens zwei verschiedene Städte und dort jeweils drei unterschiedliche Varianten der Beteiligung (Soziale Bewegungs-Gruppen; Community Organizing Plattformen, Quartiersgremien) betrachtet werden (vgl. 2.2). Ein geeignetes Auswahlverfahren ist vom Anbieter zu unterbreiten.

#### 2.4.3 Empirie vor Ort

Basierend auf der Fallstudienauswahl soll ein schlüssiges Untersuchungsdesign für die Empirie vor Ort erarbeitet werden, mit dem sich die Dimensionen des politischen Engagements von sozial benachteiligten Menschen herausarbeiten lassen. Folgende Methoden sind für die Untersuchung grundsätzlich geeignet und können je nach Fokus der Empirie selektiv einfließen. Es müssen selbstverständlich nicht alle skizzierten Methoden zum Einsatz kommen:

- 1) Qualitative Interviews mit Menschen, die von sozialer Benachteiligung betroffen sind und sich dennoch in den als Beteiligungsarten ausgewählten Kontexten engagieren (vgl. 2.3.1). Die Art der Interviews sollte spezifiziert werden.
- 2) Interviews mit weiteren Personen, wie etwa Aktivist\_innen, Engagierten, Gemeinwesenarbeitenden, Community-Organizer\_innen, Projektkoordinator\_innen, oder Quartiersmanager\_innen. Hierdurch sollen weitere Einblicke in kollektive Wirkungsweisen und Gruppenstrukturen (vgl. 2.3.2) nachvollzogen werden.
- 3) Ethnographische Methoden / Teilnehmende Beobachtung / Participative Research: Diese Methoden können soziale Interaktionen in den Partizipationsformen auch jenseits bewusster Wahrnehmungen verdeutlichen. In offen geprägten Forschungsansätzen können detaillierte Beobachtungen über Wirkungsgefüge und Handlungsweisen innerhalb des jeweiligen Organisation erfasst werden.
- 4) Quantitative Methoden: Je nach Forschungsfokus können auch Daten mittels Befragung erhoben werden, um zahlenmäßig belastbare Ergebnisse zu erzielen.
- 5) Egozentrierte-, sozialraumbezogene-, quantitative Netzwerkanalysen können Vernetzungsstrukturen aus unterschiedlichen Perspektiven darstellen.

Modifikationen des hier vorgeschlagenen methodischen Vorgehens sowie eigene Vorschläge zur Näherung an den Untersuchungsgegenstand sind ausdrücklich erwünscht. Alle Methodenvorschläge sollen im Rahmen des Angebots vom Anbietenden begründet werden.



#### 2.4.4 Zwischenbericht und strukturierte Diskussion

Der etwa 15 bis 20-seitige Zwischenbericht soll die aus dem Forschungsstand abgeleiteten Hypothesen strukturiert diskutieren, die Fallstudienauswahl sowie Fragestellungen und Herangehensweisen an die Feldforschungsphase der Untersuchung begründen. Dabei sollen zentrale theoretische und empirische Befunde des Forschungsstandes zum Themenfeld Marginalisierte in nicht-formalen politischen Beteiligungsformen in der Bundesrepublik präsentiert werden.

#### 2.4.5 Reflexion

Die Ergebnisse der unterschiedlichen Projektphasen sollen in Workshops gemeinsam mit dem Auftraggeber reflektiert werden. Hier sollen auch eventuell nötige Anpassungen des methodischen Vorgehens diskutiert werden. Die Workshops sollen vom Auftragnehmer konzipiert, vorbereitet, dokumentiert und in seinen Grundzügen protokolliert werden. Die Ergebnisse des Workshops fließen in den weiteren Projektverlauf ein.

#### 2.4.6 Abschlussworkshop

Die Ergebnisse und zentralen Erkenntnisse des Projektes sollen in einem Abschlussworkshop vorgestellt und diskutiert werden. Als Grundlage für den Abschlussworkshop dient ein schriftliches Exzerpt der Forschungsergebnisse, das vom Auftragnehmer vorgelegt wird. Am Abschlussworkshop können neben den Projektbeteiligten auch Vertreter\_innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik teilnehmen. Der Abschlussworkshop wird vom Auftragnehmer konzipiert, vorbereitet, dokumentiert und in seinen Grundzügen protokolliert. Dessen Ergebnisse fließen mit in den Abschlussbericht ein. Die Kosten für evtl. Raummiete, Catering und ggf. Reisekosten für einzuladende Gäste übernimmt der Auftraggeber nach Absprache.

#### 2.4.7 Begleitende (Online-)Veröffentlichungen

Das Projekt soll durch regelmäßige Nachrichten, etwa beim Erreichen o.g. Projektmeilensteine, online auf [www.vhw.de](http://www.vhw.de) dokumentiert werden. Der Auftragnehmer liefert hierzu die erforderlichen Textvorlagen.

#### 2.4.8 Endbericht

Ein ca. 60- bis 70seitiger Endbericht soll das gesamte Projekt dokumentieren. Die Ergebnisse des Forschungsstandes und der Fallstudien sollen dort systematisierend zusammengetragen werden. Somit wird praktisches und theoretisches Wissen für Aktive vor Ort, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Sozialverbände zugänglich gemacht und anschaulich aufbereitet. Der Bericht soll in der vhw-Schriftenreihe veröffentlicht werden. Kosten für Formatierung und Druck übernimmt der Auftraggeber.

#### 2.4.9 Transfer für die (Fach-)Öffentlichkeit: Publikationen

Über den Endbericht hinaus soll gemeinsam mit vhw-Mitarbeitenden ein Artikel in der Zeitschrift „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ erstellt werden. Zudem soll in Absprache mit dem Auftraggeber ein vhw-werkSTADT-Kurzbericht oder eine Broschüre erstellt werden, die anschaulich über die Ergebnisse des Projekts informiert. Ziel ist es, die Projektergebnisse in kürzerer Form einer breiteren Öffentlichkeit verständlich zu präsentieren. Etwaige zusätzliche Kosten für Formatierung und Druck übernimmt in diesem Fall der Auftraggeber.

#### 2.4.10 Tagung (optional)

Über den Projektrahmen hinaus ist angedacht, eine kleinere, bundesweite Tagung mit ca. 100 Teilnehmenden zu veranstalten, um auf Grundlage der Ergebnisse der Studie die Debatte im Themenfeld „soziale Benachteiligung und politisches Engagement“ weiter zu führen. Die Tagung ist nicht Teil des ausgeschriebenen Forschungsprojekts. Der Auftragnehmer kann die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Tagung als Option kalkulieren und ein gesondertes Angebot hierfür abgeben. Die Kosten für Anfahrt, Unterbringung, Raummiete, Catering der Tagung übernimmt der Auftraggeber nach Absprache.

#### 2.3 Produkte: Übersicht

Folgende Produkte sind also – zusammenfassend dargestellt – zu erstellen:

	Produkt
1	Projektblog auf <a href="http://www.vhw.de">www.vhw.de</a> , Aktualisierung in Abstimmung mit dem Auftraggeber
2	Orientierungsworkshop: Reflexion Desktop-Analyse und Fallstudienauswahl
3	Zwischenbericht (ca. 15 – 20 Seiten)
4	Reflexionsworkshop I: Zwischenergebnisse Empirie
5	Reflexionsworkshop II: Ergebnisse Empirie und Vorbereitung Endbericht
6	Exzerpt Forschungsergebnisse
7	Abschlussworkshop (20 TN): „Soziale Benachteiligung & politische Partizipation“
8	Endbericht (60 – 70 Seiten)
9	vhw-werkSTADT / Broschüre
10	Artikel Forum Wohnen & Stadtentwicklung
11	Optional: Tagung (ca. 100 TN) „Soziale Benachteiligung & politische Partizipation“

Texte sollten jeweils als Word- und PDF-Version vorliegen. Ein Versand gedruckter oder gebundener Exemplare ist nicht erforderlich.

Meilensteine:

Datum	Meilenstein, Projektbaustein
15.02 (KW 07/19)	Einreichung Bewerbungsunterlagen
KW 09/19	Projektvergabe
KW 10/19	Auftaktgespräch (Ort: vhw Berlin)
KW 20/19	Orientierungsworkshop: Reflexion Deskt.-Analyse & Fallstudienauswahl (Ort: vhw Berlin)
ab KW 21/19	Empirie
KW 29/19	Reflexionsworkshop I: Zwischenstand Empirie
KW 39/19	Reflexionsworkshop II: Ergebnisse Empirie und Vorbereitung Endbericht
KW 45/19	Exzerpt Forschungsergebnisse
KW 49/19	Abschlussworkshop „Soziale Benachteiligung & politische Partizipation“
KW 05/20	Abgabetermin VORABVERSION Endbericht
KW 10/20	Abgabe Endbericht
Quartal II / 2020	Artikel Forum Wohnen Stadtentwicklung
VB	Publikationstermin vhw-werkSTADT / Broschüre
VB	Publikationstermin Endbericht
VB	Tagung „Soziale Benachteiligung & politische Partizipation“

Die genannten Termine sind selbstverständlich noch im Detail abzustimmen bzw. veränderbar. Darüber hinaus ist eine kontinuierliche Abstimmung über Telefon, eMail, Skype o.ä. erwünscht.

### 3. Vergabekriterien, Budget

Für den Auftrag sind Fachkenntnisse in folgenden Bereichen erforderlich:

- Soziale Ungleichheit / Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland
- Soziologie des ehrenamtlichen und politischen Engagements
- Neuere Formen politischer Beteiligung insb. deliberative und partizipative Demokratie, Community Organizing, Soziale Bewegungsforschung
- Empirische Forschungsmethoden

Der Auftrag wird nach Erfahrung bzw. fachlicher Eignung, sowie insbesondere im Hinblick auf die konzeptionelle Qualität des Angebots vergeben.

Die folgenden Angaben sind im Angebot obligatorisch:

- Konzept und Methodik
- Zeitplan für die Arbeitsschritte
- Kostenkalkulation
- eigene Referenzen zum Thema
- Angaben zu Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeitern (Qualifikationen, Vorarbeiten)

**Für das Projekt steht ein Gesamtbudget von 95.000 Euro brutto zur Verfügung. Reisekosten sind Teil des Gesamtbudgets. Druckkosten, Kosten für Räumlichkeiten, Catering etc. trägt der Auftraggeber.**

Das Angebot ist bis zum 15.02.2019 einzureichen bei:

vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.  
Bundesgeschäftsstelle  
Forschungsbereich  
z.H. Steffen Jähn  
Fritschestraße 27/28  
10585 Berlin  
E-Mail: [sjaehn@vhw.de](mailto:sjaehn@vhw.de)

Für Rückfragen steht Ihnen Steffen Jähn unter 030-390 473-215 oder [sjaehn@vhw.de](mailto:sjaehn@vhw.de) gerne zur Verfügung.

#### 4. Anhang: Literatur

- Allex, Anne (2012) Wohnen-Würde-Widerstand. Keine Zwangsumzüge durch Hartz IV! Sechs Jahre Kampagne gegen Zwangsumzüge. In: Rein, Harald (Hg.) Dreißig Jahre Erwerbslosenprotest. AG SPAK Bücher, S. 151 - 162
- Beck, Sebastian (2011a) Engagementpotenziale von Berliner Milieus - Wo liegen sie und wie lassen sie sich fördern? In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung 2/11. S. 99 – 105
- Beck, Sebastian (2011b) Warum milieuorientierte Demokratie? In: Dialog: Zur Stärkung lokaler Demokratie. vhw – Schriftenreihe 3. Berlin. S. 61 - 68
- Beck, Sebastian / Kriemann, Martin / Luchmann, Christian (2017) vhw-Studie „Stadtmacherinnen und Stadtmacher“ Bürgergesellschaft zwischen Government und Urban Governance. vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. (Hrsg.) Berlin
- Bödecker, Sebastian (2012) Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Otto-Brenner-Stiftung. Frankfurt a.M.
- Böhnke, Petra (2006) Risiken sozialer Ausgrenzung. Leske + Budrich. Opladen
- Brandt, Karl-Werner (2010) Die Neuerfindung des Bürgers. Soziale Bewegungen und bürgerschaftliches Engagement in der Bundesrepublik. In: Olk, Thomas / Klein, Ansgar / Hartnuß, Birger: Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. VS-Verlag. Wiesbaden. S. 123 - 152
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017). Lebenslagen in Deutschland. Der fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn
- Butterwegge, Christoph (2017) Armut. Papy Rossa Verlag. Köln
- Engels, Dietrich (2006) Lebenslagen und soziale Exklusion - Thesen zur Reformulierung des Lebenslagenkonzepts für die Sozialberichterstattung. In: Zeitschrift „Sozialer Fortschritt“ Heft 5, Mai 2006, S. 109 – 117
- Freiwilligensurvey (2017) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München
- Grau, Andreas / Heimeyer, Wilhelm (2011) Rechtspopulistische Einstellungen als Belastung für die Demokratie? In: Dialog: Zur Stärkung lokaler Demokratie. vhw – Schriftenreihe 3. Berlin. S. 13 -18
- Gutknecht, Stefanie et.al. (2013) vhw-Kommunikationshandbuch – Praxisbezogene Kommunikation mit den Milieus der Stadtgesellschaft. vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V (Hrsg.). Berlin
- Hansestadt Hamburg (2014) „Alles Inklusive!“ Leitfaden in der Integrierten Stätteentwicklung. Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt. Hamburg
- Holtkamp, Lars / Bogumil, Jörg (2007) Bürgerkommune und Local Governance. In: Schwalb, Lilian / Walk, Heike (Hrsg.) Local Governance - mehr Transparenz und Bürgernähe? VS-Verlag. Wiesbaden
- Jähn, Steffen / Beck, Sebastian / Patrick Chruszczak (2018) Berlin-Neukölln- Bildungsquartier Flughafenstraße-Koproduktion im Bildungsnetzwerk. In: vhw-WerkStadt 20. Berlin
- Kersting, Norbert (2013) Wutbürger und andere soziale Bewegungen. In: Der Bürger im Staat. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Nr. 3/2013. S. 155 – 165
- Klatt, Johanna / Walter, Franz (2011) Entbehrliche der Bürgergesellschaft – Sozial Benachteiligte und Engagement. Transkript. Bielefeld

- Kotti & Co. (2016) Alles muss man selber machen: Multi-Layer-Organizing für eine soziale Wohnraumversorgung in Berlin. In: Sub/urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung. Heft 2/3. Se. 121 - 126
- Kuder, Thomas (2016) Starke Lokale Demokratie: Leitlinien für eine hochwertige, inklusive Bürgerbeteiligung. In: vhw- vhw-WerkStadt 8. Berlin
- Kuder, Thomas (2018) Lass es Vahr 2030 werden! Zukunftsperspektiven einer Großsiedlung. In: vhw-WerkStadt 18. Berlin
- Lahusen, Christian / Baumgarten, Britta (2006) die Fragilität kollektiven Handelns. Arbeitslosenproteste in Deutschland und Frankreich. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 35, H2, S. 102 – 119
- Lenhart, Karin (2010) Engagement und Erwerbslosigkeit – Einblicke in ein Dunkelfeld. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn
- Lüdemann, Christian (2001) Politische Partizipation, Anreize und Ressourcen. Ein Test verschiedener Handlungsmodelle und Anschlußtheorien am ALLBUS 1998. In: Koch, A. / Wasmer, M. / Schmidt, P. (Hrsg.) Politische Partizipation in Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. VS-Verlag. Wiesbaden
- Marquardsen, Kai (2012) Aktivierung und soziale Netzwerke. Die Dynamik sozialer Beziehungen unter dem Druck der Erwerbslosigkeit. VS-Verlag. Wiesbaden
- Maruschke, Robert (2014) Community Organizing. Zwischen Revolution und Herrschaftssicherung. Edition Assemblage. Münster
- Munsch, Chantal (2015) Quartiersentwicklung – Ausgrenzung. In: Knabe, Judith / van Rieën, Anne / Blandow, Rolf (Hg.) Städtische Quartiere gestalten kommunale Herausforderungen und Chancen im transformierten Wohlfahrtsstaat. Transkript. Bielefeld. S. 41 -54
- OECD (2016) Bildung auf einen Blick 2016. Paris
- Rein, Harald (2012) Möglichkeiten des Protests armer Leute. In: ders. (Hg.) Dreißig Jahre Erwerbslosenprotest. AG SPAK Bücher, S. 11 - 18
- Ritzi, Claudia / Schaal, Gary (2011) Wie Bürgerbeteiligung besser gelingt. In: Dialog: Zur Stärkung lokaler Demokratie. vhw – Schriftenreihe 3. Berlin. S. 38 - 43
- Schäfer, Armin (2013): Mehr Demokratie, aber nur für wenige? Der Zielkonflikt zwischen mehr Beteiligung und politischer Gleichheit. In: Leviathan, 41 (1), 94-120
- Simonson, Julia / Vogel, Claudia / Tesch-Römer, Clemens (2017) Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. (Tabellenanhang) Springer VS. Wiesbaden
- Spanier, Wolfgang (2009) Politische Strategien zur Gestaltung von Lebenswelten und sozialen Kommunikationsräumen in segregierten Stadtvierteln. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften: DFK / Deutsches Institut für Urbanistik. S. 66 – 77. Heft 2/2009
- Voth, Anna / Rohland, Fabian (2017) Qualifizierte Bürgerbeteiligung zur Neuaufstellung des FNP in Bergisch Gladbach - Ein Projekt im vhw-Städtenetzwerk zur Stärkung der lokalen Demokratie. In: vhw-WerkStadt 12. Berlin